

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 1520-0
Telek: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Gert Weisskirchen MdB
zur Notwendigkeit ei-
nes neuen kontinenta-
len Reformbündnisses:
Für eine gemeinsame
Zukunft Europas.

Seite 1

Werner Kinds Müller
zum Wahlziel der SPD
in Schleswig-Holstein:
Die erfolgreich begon-
nene Erneuerung fort-
setzen.

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB
zum Sturz der zivilen
Übergangsregierung in
dem afrikanischen
Land: Militärputsch im
Kongo gefährdet De-
mokratieprozeß.

Seite 4

Dokumentation
Der Förderkreis DARM-
STÄDTER SIGNAL hat
sich gegen die Diskri-
minierung führender
Mitglieder dieses Sol-
datenkreises gewandt.
Die Erklärung im Wort-
laut.

Seite 5

47. Jahrgang / 15

22. Januar 1992

Für eine gemeinsame Zukunft Europas

Zur Notwendigkeit eines neuen kontinentalen Reformbündnisses

Von Gert Weisskirchen MdB

Nichts brauchen die Gesellschaften des zusammenwachsenden Europa dringlicher als eine Verständigung über Inhalte, Strategien und nächste Schritte in den Prozessen der Reformation unseres Kontinents. Die bislang erkennbaren tagespolitischen Bemühungen, die Konfliktpotentiale durch aktuelles Krisenmanagement einzuhegen, greifen zu kurz. So notwendig es auch ist, akut entstehende Probleme sofort anzugehen, bewältigt werden können sie angemessen erst, wenn die kurzfristigen Lösungsansätze eingebettet sind in einen konzeptionellen Entwurf für die gemeinsame Zukunft unseres Kontinents.

Die Geschwindigkeiten des Zerfalls alter Strukturen des Zentralismus im europäischen Osten sowie der Verfestigung alter Strukturen der Integration im europäischen Westen haben asynchrone Prozesse freigesetzt. Sie drohen unseren Kontinent erneut auseinanderzureißen. Nachdem die künstlich erzwungene Teilung bipolare Ordnungssysteme geschaffen hatte, die wechselseitig sich durch militärische Überrüstung reproduzierten, hat sich durch die friedlichen Revolutionen im europäischen Osten eine unerhörte Chance für Europa ergeben. Das Schisma unserer Zeit kann endlich überwunden werden. Allerdings scheint die politische Klasse in Westeuropa wie gelähmt auf die Explosion der Konflikte im Osten zu starren. Die politische Klasse im europäischen Osten gibt sich demgegenüber demonstrativ stark, um die Konfliktpotentiale überspielen zu können. Symbole und Gestik werden im Osten so meist zu Ersatzhandlungen für Politik. Im Westen ersetzt eher wenig verbindliche Rhetorik die notwendige politische Kurskorrektur.

Der öffentliche Diskurs in den Gesellschaften der europäischen Länder ist längst über die lärmende Sprachlosigkeit der Politik hinaus. Die Menschen im Osten drängen auf die "Rückkehr nach Europa" und die Menschen im Westen erkennen den immer zwingender sich abzeichnenden Handlungsbedarf, wenn der gesamteuropäische Vereinigungsprozeß gelingen soll. Bevor sich die Rituale des bislang vorherrschenden Politikmodells wieder einschleifen, die im wesentlichen beruhen auf dem konzeptionellen Ausgrenzen, Marginalisieren und Aufschieben beunruhigender Kernbestände von Problemen, könnte die Phase der akuten Ungewißheiten genutzt werden zu einem Neumodellieren alternativer Politik.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fernläufer-Umhang
mit wertvollen Inhaltsstoffen
Recycling-Papier



Je rascher eine überzeugende Perspektive für ein neues Design auf das Zusammenwachsen unseres Kontinents hin entworfen wird, mit desto geringeren Kosten werden die Reformprozesse voranschreiten. Anders: der Verlust an Zeit, der Verbrauch von gesellschaftlicher Kraft und die Vernutzung individueller Leistungsbereitschaft fällt umso deutlicher aus, je weniger innovationsfreudig die neuen Anfänge beginnen. Dies gilt für alle Regionen in Europa. Mehr noch gilt dies für die zu bewältigenden Aufgaben. Sie sind größer als je, weil die möglichen Gefahren der Selbstzerstörung größer sind als je. Bislang fehlt es an der adäquaten Korrespondenz der Politik zu den emporschließenden Risiken wie zu den historischen Chancen, die auf sie warten.

Bevor die Chancen der Formulierung von Grundlinien neuer Argumentationsfiguren einer mehrheitsfähigen Reformpolitik für Gesamteuropa eingeschätzt werden können, müssen zuerst die sie behindernden Risikopotentiale abgegriffen werden.

In Westeuropa verstärken sich Tendenzen der regionalen Abschottung. Aus Sorge vor den ökonomischen Konsequenzen der gesamteuropäischen Vereinigung könnte sich der Festungsgedanke durchsetzen. Der Hunger, der im Osten nach westeuropäischem Investitionskapital schreit, könnte in den Kernländern der Europäischen Gemeinschaft Maßnahmen auslösen, die materiellen Interessen gegen die befürchtete Erosion finanzieller Solidität egoistisch zu schützen.

In Nord-, Mittelost- und Südosteuropa suchen alle Staaten vom Baltischen bis hinunter zum Kaspischen Meer nach Türen, die sich zum Eintritt in die Europäische Gemeinschaft hinein öffnen lassen. Die Mitglieder des ehemaligen Sowjetblocks wären dazu bereit, falls verlangt, für ihre "Rückkehr nach Europa" die Türen, die nach Osten zeigen, hinter sich zuzusperren. Die Stromschnellen der Armut sollen durch Barrieren abgehalten werden, sich in den Westen zu ergießen. Von Nord nach Süd, von den ruhigen Zonen Skandinaviens bis nach Georgien und in die westliche Verzweigung hinein, in das zerborstene Jugoslawien, verlaufen Linien exponentiell ansteigender Konflikte.

In Osteuropa kristallisieren sich die am höchsten verdichteten Problemzonen heraus. Die im 20. Jahrhundert gegen den elementaren Willen der Völker mit Gewalt künstlich aufgezwungenen Staatesgebilde zerbrechen, ohne daß sich aus ihnen innerlich gefestigte neue Nationalstaaten oder Nationenstaaten bereits gebildet hätten. Das eine künstlich von oben durchgesetzte Konstrukt wird abgelöst von einer prekären in sich schwach legitimierten Form. Sie wird zwar getragen von den Potenzen neuer sozialer Bewegungen, die sich der demokratischen und nationalen Selbstbestimmung verpflichtet fühlen. Dennoch gefährden die gegenwärtig ablaufenden Entmischungen beider Strömungen den stabilen Aufbau von Grundpfeilern der zivilen Bürgergesellschaften.

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat das auf der Logik der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen beruhende globale Sicherheitssystem auch den letzten Rest eines rationalen Sinns verloren. Zuvor schon war es fragwürdig geworden, weil es mit der Selbstvernichtung dessen drohte, was verteidigt werden sollte. Darüber hinaus setzte es Gefahrenmomente in Bewegung, die in regionalen Konfliktzonen zusätzliche Brisanz hineintrieb. Durch illegalen Waffenexport zerfaserte sich die militärische Logik der Supermächte, schürte zugleich regionale Konflikte und stärkte in ungesicherten Regionen Konfliktparteien in ihrer Bereitschaft Kriege mit Massenvernichtungswaffen führbar zu machen.

Nicht Aufrüstung mit hochtechnisierten Waffensystemen und der Entwicklung kleinräumig differenzierter Militärstrategien, zugeschnitten auf regionale Kriegsführungsoptionen, ist die angemessene Konsequenz auf die von den Supermächten mitverschuldete Diffusion des globalen Abschreckungssystems auf regionale Abschreckungssysteme mit der Konsequenz einer neuen massiven Beschleunigung der Rüstungsspirale. Nur eine doppelte rationale Antwort ist den neuen Ungewißheiten angemessen:

(1) Alle Massenvernichtungswaffen müssen durch den Abrüstungsprozeß beseitigt werden; Schritt für Schritt sind alle offensiv verwendbaren konventionellen Waffensysteme abzurüsten; alle militärische Strukturen sind in ausschließlich defensiv operationsfähige umzuwandeln.

(2) Subglobale Konzepte der militärischen Sicherheit sind zu entwickeln, die eingepaßt sind in subglobale Konzepte der politischen Integration. Für unseren Kontinent ist ein Entwurf für die künftigen Vereinigten Staaten von Europa zu entwerfen. Die Architektur dieses Entwurfs wird getragen von einer inhaltlichen Erweiterung des Sicherheitsbegriffs. Er muß sich auf zivile Ziele hin öffnen und von seiner Fixiertheit auf militärische Stärke lösen. Schritt für Schritt kann ein Set von Elementen der Kooperation und Integration entstehen, die angepaßt werden können an sich ändernde Bedürfnisse. Mit diesem Satz neuer Bausteine können Netzwerke der Interdependenz entstehen und mit ihnen auf der Grundlage der staatlichen Gleichberechtigung Systeme von zwischenstaatlichen Checks and Balances, schließlich ein System multipolaren Gleichgewichts. Bis der Zeitpunkt gekommen ist, um ein kollektives System der gleichen Sicherheit zu schaffen, muß der Westen seine eigenen suprastaatlichen Strukturen flexibilisieren und sie zugleich einzelnen Reformstaaten wie auch Gruppen von Reformstaaten im europäischen Osten öffnen.

(-/22. Januar 1992/rs/fr)

Die erfolgreich begonnene Erneuerung fortsetzen
Zum Wahlziel der SPD in Schleswig-Holstein

Von Werner Kinds Müller
SPD-Wahlkampfleiter in Schleswig-Holstein

Die Vorbereitungen der SPD für den Landtagswahlkampf 1992 sind abgeschlossen.

Wir werben in diesem Wahlkampf um den erneuten Auftrag der Wählerinnen und Wähler, Schleswig-Holstein auch in den nächsten vier Jahren alleine zu regieren.

Wir werden in den verbleibenden Wochen - bis zum 5. April - einen selbstbewußten, sachlichen und lebendigen Wahlkampf führen. Er steht unter dem Motto "Schleswig-Holstein hat einen guten Namen".

Wir setzen auf das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in Björn Engholm, die Leistungen der letzten vier Jahre und die Kompetenz der SPD-Regierung zur Lösung der Zukunftsaufgaben Schleswig-Holsteins.

Wir werden deutlich machen:

Die Regierung Engholm hat das Land in den letzten vier Jahren vorangebracht: Die wirtschaftliche, soziale, ökologische und demokratische Erneuerung ist erfolgreich begonnen worden.

Diese Reformarbeit wollen wir fortsetzen. Wir wollen Schleswig-Holsteins wirtschaftliche Zukunft sichern, das Land ökologisch erneuern und kinderfreundlich gestalten.

Dazu braucht Björn Engholm erneut die Mehrheit im Landtag. Kontinuität ist wichtig für das Land. Was Schleswig-Holstein jetzt schon gar nicht gebrauchen kann, sind Unsicherheit und Unberechenbarkeit.

Wahlkampf ist Rechnungslegung. Wir werden in den Materialien und auf hunderten von Veranstaltungen auf das Erreichte verweisen und die Kompetenz der SPD für die Lösung der Zukunftsaufgaben des Landes deutlich machen.

Wir setzen auf ein differenziertes Set von Wahlkampfmethoden. Neben den traditionellen Werbemitteln wie Plakaten und Anzeigen setzen wir vor allem auf direkte Zielgruppenansprachen. Dies macht den Wahlkampf einerseits aufwendiger, gewährleistet jedoch, daß Unentschiedene und Parteilose erreicht werden können. Diesem Ziel dient insbesondere unser Veranstaltungskonzept, das eine bunte Mischung von Politik und Kultur vorsieht.

Kein noch so gut gemachtes Plakat kann das Gespräch mit den Menschen ersetzen. Die innerparteiliche Mobilisierung besitzt deshalb einen hohen Stellenwert in unserer Wahlkampf vorbereitung: Aus möglichst vielen unserer 39.000 Mitglieder sollen in den nächsten Wochen aktive Wahlkämpfer werden, die im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft für unsere Ziele werben, Hausbesuche und Infostände der Kandidatinnen und Kandidaten ergänzen diese Aktivitäten.

Spezielle Wahlkampfbeiträge werden die SPD-Senioren leisten. Senioren aus den verschiedenen Regionen des Landes werden im Februar und März durch Straßenaktionen, Veranstaltungen und Gespräche auf Themen wie "Wohnen im Alter", "Pflegeversicherung" und "Ausbau des Personennahverkehrs" hinweisen.

Mit einer Jugend-Kultur-Veranstaltung in jedem Kreisverband und mit Anzeigen wenden wir uns an die Jungwähler.

Die "Zeitung am Sonntag" wird wie in den Vorjahren an den vier letzten Sonntagen vor der Wahl erscheinen. Die ZaS kommt mit einem neuen, seriöseren Gesicht in jeden zweiten Haushalt.

Die Auftaktveranstaltung am 25. Januar in der Holstenhalle in Neumünster wird ein erster kultureller und politischer Leckerbissen. Neben Björn Engholm und Hans-Ulrich Klose sind internationale Künstler wie Audrey Motaung, Shakatak, Pete York mit von der Partie.

Die Abschlußveranstaltung findet am 1. April in der Kieler Ostseehalle statt. Dazwischen werden die Ministerinnen und Minister, Engholm und SPD-Bundespolitiker circa 350 Veranstaltungen durchführen.

Danach finden im Rahmen einer Kulturtournee 15 Veranstaltungen mit Konstantin Wecker, Hans Scheibner, Werner Schneider, Hans-Dieter Hüsch, Uschi Flacks statt.

(-/22. Januar 1992/rs/ks)

Militärputsch im Kongo gefährdet Demokratieprozeß
Zum Sturz der zivilen Übergangsregierung in dem afrikanischen Land

Von Dr. Klaus Kübler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-afrikanischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Das Militär der Republik Kongo hat die zivile Übergangsregierung gestürzt. Die Armeeführung in der Hauptstadt Brazzaville erklärte die Regierung des Übergangspremiers Andre Milongo für abgesetzt und forderte den Hohen Rat der Republik, das provisorische Parlament auf, einen neuen Regierungschef zu ernennen. Die Streitkräfte haben eine Kundgebung von Milongos Anhängern gewaltsam aufgelöst. Dabei wurden drei Menschen erschossen. Milongo selbst, der das zentralafrikanische Land nach über 20jähriger marxistischer Diktatur zur Demokratie führen sollte, ist untergetaucht und nach Angaben des staatlichen Rundfunks mit seiner Familie geflüchtet.

Unmittelbarer Anlaß für den Militärputsch des Militärs war Milongos Weigerung, den Staatssekretär im Verteidigungsministerium Michel Ganguo zu entlassen, der Teile der Armeespitze ausgewechselt hat. Die Soldaten fordern eine selbstbestimmte Erneuerung der Militärführung. Außerdem versichern sie, den Demokratisierungsprozeß zu unterstützen. Für Milongo haben sie eine Sicherheitsgarantie abgegeben. Der Putsch der Militärs bedeutet eine große Gefahr für den Demokratisierungsprozeß in der Republik Kongo, der nach politischen Unruhen im Herbst 1990 einsetzte.

Kongo, einst ein marxistisch-kommunistisches Land, war eines der ersten Länder in Afrika, die einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet haben. Nach der Einberufung einer Nationalkonferenz im Februar 1991 wurde von dieser Versammlung eine "Hoher Rat der Republik" unter der Leitung von Bischof Kombo als Legislative eingesetzt und später eine Übergangsregierung als Exekutivorgan gebildet, das bis zu freien und demokratischen Wahlen - voraussichtlich im März dieses Jahres - im Amt sein soll. Damit war der Kongo wichtiger Vorreiter und Vorbild für den Demokratisierungsprozeß in anderen Ländern des afrikanischen Kontinentes.

Schon seit Monaten jedoch zeichnete sich ab, daß sich Teile des Militärs zusammen mit enttäuschten Demokraten wie Bischof Kombo gegen die Übergangsregierung stellen würden. Die Kritiker werfen Milongo vor, der falsche Mann für den Übergang zur Demokratie zu sein. Der Putsch ist eine Folge dieser Enttäuschung; er zeigt aber auch die Verbindung zwischen den Militärs und Bischof Kombo: die Streitkräfte haben Kombo aufgefordert, in seiner Funktion als Parlamentspräsident eine neue Regierung zu ernennen.

Dies ändert allerdings nichts daran, daß mit Waffengewalt eine demokratische Entwicklung in der Republik Kongo zunächst gestoppt wurde. Dies ist scharf zu verurteilen. Selbst wenn Ministerpräsident Milongo politische Fehler begangen haben sollte, ist es ein falscher Weg, ihn mit militärischer Gewalt aus seinem Amt zu vertreiben. Eine junge Demokratie muß ihre politischen Auseinandersetzungen auf demokratischem Wege lösen können. Dafür muß auch Bischof Kombo stehen.

Die weitere Entwicklung im Kongo muß nun zeigen, ob die ersten demokratischen Wahlen wie für März vorgesehen durchgeführt werden können.

Die frühere Kolonialmacht Frankreich rief die Verantwortlichen zur Mäßigung auf. Paris unterstützt den Demokratisierungsprozeß. Die US-Botschaft in Brazzaville warnte dringend davor, die demokratischen Reformen zu unterbrechen.

Die SPD geht davon aus, daß die Bundesregierung ebenfalls entsprechende Schritte unternommen hat und die deutsche Botschaft in Brazzaville initiativ geworden ist. Die Bundesregierung ist aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Prozeß der Demokratisierung in Kongo zu unterstützen.

Das demokratische Europa muß den afrikanischen Ländern, die sich auf dem Weg zur Demokratie befinden, helfen.

(-/22. Januar 1992/rs/tr/ks)

DOKUMENTATION

Auf die Zerschlagung von Friedensarbeit angelegt

Der Förderkreis DARMSTÄDTER SIGNAL (Vorsitzender: Professor Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter) hat sich gegen die Diskriminierung führender Mitglieder dieses Soldatenkreises gewandt. Die Erklärung im Wortlaut:

Als Mitglieder des Förderkreises DARMSTÄDTER SIGNAL wenden wir uns mit großer Betroffenheit und mit allem Nachdruck gegen die Diskriminierung führender Mitglieder des Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL durch die Militärjustiz. Die jüngste Verurteilung des Majors Helmuth Prieß, Sprecher des Arbeitskreises, durch ein Truppendienstgericht zur Degradierung vom Major zum Oberleutnant bildet den Höhepunkt einer Aktion, die offensichtlich auf die Zerschlagung der Friedensarbeit des Arbeitskreises angelegt ist, nachdem auch bereits andere Mitglieder durch Gehaltskürzungen und Degradierungen sanktioniert worden sind. Dies wird

nun auch dadurch bestätigt, daß das Bundesverteidigungsministerium vor wenigen Tagen auch gegen die zwölf weiteren Unterzeichner - gegen den Willen der zuständigen Vorgesetzten - Verfahren eingeleitet hat.

Dem Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL, 1983 gegründet, gehören etwa 200 Soldaten an. Er engagiert sich im Rahmen der Völkerverständigung unter anderem für den Abbau aller Massenvernichtungsmittel, für die konsequente Umsetzung des defensiven Auftrages der Bundeswehr, für den Abbau von Feindbildern und die konsequente Verwirklichung des Leitbildes vom "Staatsbürger in Uniform".

21 Soldaten des Arbeitskreises hatten - wegen des vom Grundgesetz besonders geschützten Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung - öffentlich ihre Zustimmung zu dem freisprechenden Frankfurter Gerichtsurteil für Dr. Augst erklärt. Dessen Satz "Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder, auch Sie Herr Witt" wurde vor Gericht als Beleidigung gewertet, die allgemeine Aussage "Alle Soldaten sind potentielle Mörder" sei hingegen, da kein direkter Adressat bestehe, kein Straftatbestand. Die Soldaten widersprachen damit Politikern, die den Freispruch als gravierenden Angriff auf den Rechtsfrieden schalten. Sie brachten zum Ausdruck, daß ein moderner Krieg durch den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln unabhängig von den ehrenhaften subjektiven Motiven der Soldaten in unverantwortlichem Maße die wehrlose Zivilbevölkerung treffe, - wie gerade auch die jüngsten Kriege beweisen (eine Harvard-Studie rechnet zum Beispiel mit dem Tod von 170.000 irakischen Kindern durch den Golfkrieg und seine Folgen). Das sei Völkermord.

Der einzigartige Eingriff des Verteidigungsministers wird daraus deutlich, daß die Anklage im Falle des Majors Prieß weisungsgemäß ein Mann vertreten mußte, der vorher selbst in einem juristischen Votum festgestellt hatte, daß die Presseerklärung des AK DS kein Dienstvergehen bedeutet habe.

Wir fordern die Rücknahme der Anschuldigungen in den laufenden und den gerade in Gang gesetzten Verfahren und erwarten, daß die Wahrung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung - besonders auch bei den "schmerzhaften Fragen" zum Soldatensein - in der Bundeswehr geschützt und gefördert wird!

Unterzeichnet wurde dieser Aufruf bisher unter anderem von:

Heinrich Albertz, Bremen; Gert Bastian, München; Professor Dr. Wolfgang Däubler, Dußlingen; MdB Herta Däubler-Gmelin, Dußlingen; MdB Freimut Duve, Bonn; MdB Edelgard Bulmahn, Bonn; MdB Konrad Gilges, Bonn; Professor Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt; Professor Norbert Greinacher, Tübingen; Professor E. Küchenhoff, Münster; MdB Eckhart Kuhlwein, Ammersbeck; MdB Robert Leidinger, Feldkirchen; Minister Jo Leinen, Püttlingen; MdB Ingrid Matthäus-Maier, St. Augustin; MdB Michael Müller, Bonn; Elmar Schmähling, Köln; Bundestags-Vizepräsidentin Renate Schmidt, Nürnberg; Professor Klaus Staack, Heidelberg; Professor Dr. Peter Starlinger, Dortmund; Carola Stern, Köln; MdB Gert Weisskirchen, Bonn.

(-/22. Januar 1992/rs/ks)
